



sozialpolitikaktuell

Nr. 2 | 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

wir erleben gerade alle die gravierenden Auswirkungen auf das öffentliche und wirtschaftliche Leben sowie auf das soziale Miteinander durch die Corona-Pandemie. In der derzeitigen Krise wird gerade auch deutlich, wie existenziell wichtig ein funktionierender Sozialstaat sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie auch für die Wirtschaft ist. Ohne eine leistungsfähige Arbeitslosenversicherung, die die wirtschaftliche Existenz für hunderttausende Beschäftigte mit dem Kurzarbeitergeld sichert und ohne eine leistungsfähige gesetzliche Krankenversicherung, die die Gesundheitsversorgung für Abermillionen Menschen finanziert, wäre in diesen Krisenzeiten sowohl die wirtschaftliche Existenz, wie auch die gesundheitliche Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung nicht gewährleistet.

Gleichzeitig werden die Mängel im Gesundheitssystem offenkundig: Es mangelt an hinreichend Personal in Gesundheitsämtern, an Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeheimen, an Schutzausrüstung für Pflegekräfte und medizinisches Personal sowie an durchdachten und erprobten Pandemieplänen.

Dabei muss man sich in Erinnerung rufen, dass die von den Ländern nicht geleisteten Krankenhaus-Investitionskosten und die Sparorgien im öffentlichen Gesundheitsdienst den Mangel wesentlich verursacht haben.

Dieser Krise wohnt - bei aller Tragik für die betroffenen Patienten, Beschäftigten, Familien und Betriebe - aber auch eine gewaltige Chance inne: Unsere Gesellschaft erlebt in besonderer Weise die Solidarität des Sozial(versicherungs)staates, wie auch die Solidarität der Individuen, der Nachbarn*innen, Kollegen*innen. Das kann den Grundstein für eine breite gesellschaftliche Debatte legen, die klärt, wohin sich unser Gemeinwesen, unsere Wirtschaft, unsere sozialen Sicherungssysteme entwickeln sollen, damit die soziale Absicherung der heutigen und der künftigen Generationen gewährleistet und verbessert werden kann.

In diesem Newsletter gehen wir auf einige der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Krise sowie auf die Zukunft der Alterssicherung, konkret auf den Abschlussbericht der Rentenkommission der Bundesregierung, ein. Der hier bestehende Diskussions- und Handlungsbedarf ist offenkundig.

Bleiben Sie solidarisch - und bleiben Sie gesund!

Ihre Abteilung Sozialpolitik

beim DGB Bundesvorstand



Bericht der Rentenkommission: Weder Fluch noch Segen



colourbox.de

Der Bericht der Rentenkommission liegt vor. Der DGB wollte in der Kommission einen breiten Konsens für eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung erreichen. Dafür gab es auch MitstreiterInnen. Die Mehrheit wollte diesen Weg aber nicht gehen. Nun geht es in der politischen Auseinandersetzung weiter darum, eine starke Rente, ein stabiles Rentenniveau und mehr Solidarausgleich zu erreichen. Weitere Informationen auf: www.rentenkommission.de



[zur Pressemitteilung](#)

DGB-Kurzbewertung des Abschlussberichts der Kommission



[zum Download](#)

DGB-Bericht zur Rentenpolitik in Deutschland



[zum Download](#)



Buchempfehlung "RENTE RAUF!" von Holger Balodis und Dagmar Hühne



Holger Balodis und Dagmar Hühne

Das Coronavirus breitet sich weiter aus. Der DGB unterstützt die Entlastungspläne der Regierung für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, um zügig Kapazitäten für den Fall stark zunehmender Infektionen zu schaffen. Wichtig ist alle Akteure an den Kosten zu beteiligen und für bessere Maßnahmen zum Schutz der in der Pflege Beschäftigten zu sorgen, um eine gute Versorgung aller Erkrankten zu ermöglichen.



[zum Beitrag](#)



DGB fordert mehr Schutz für Beschäftigte in der Pflege



DGB/Simone M. Neumann

Das Coronavirus breitet sich weiter aus. Der DGB unterstützt die Entlastungspläne der Regierung für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, um zügig Kapazitäten für den Fall stark zunehmender Infektionen zu schaffen. Wichtig ist alle Akteure an den Kosten zu beteiligen und für bessere Maßnahmen zum Schutz der in der Pflege Beschäftigten zu sorgen, um eine gute Versorgung aller Erkrankten zu ermöglichen.

 [zum Beitrag](#)



Blankoscheck im Krisenfall? Ein Überblick zum Bevölkerungsschutzgesetz



DGB/Pavlo Vakhrushev/123rf.com

Die uneinheitlichen Herangehensweisen der Bundesländer an die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen haben im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) den Gedanken nach einer zentralen Steuerung künftiger Ansätze zur Abwehr epidemiologischer Gefahrensituationen reifen lassen. Mit dem im Hauruck-Modus vom Regierungskabinett verabschiedeten Bevölkerungsschutzgesetz werden dem BMG politische Vollmachten in beispiellosen Umfang eingeräumt.

 [zum Beitrag](#)



Weil das Sozialrecht keinen Stillstand kennt.



Jetzt 2 Ausgaben gratis testen!

Bildquelle: Bund-Verlag

Soziale Sicherheit - Die Fachzeitschrift für soziales Arbeiten

Für alle, die sich bei Sozialversicherungen, Verbänden, Gewerkschaften oder in Universitäten und Behörden mit sozialer Sicherung befassen.



[zur Verlags-Website](#)



Weil gute Arbeit Gesundheit schützt.



Jetzt 2 Ausgaben gratis testen!

Bildquelle: Bund-Verlag

Gute Arbeit - Die Fachzeitschrift für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung

Die Fachzeitschrift für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung. Hilft Ihnen weiter - wenn Gute Arbeit auf dem Spiel steht.



[zur Verlags-Website](#)



Unser Team

- Fabian Wagner – Büroleitung Annelie Buntenbach
- Petra Köhler – Assistenz Annelie Buntenbach
- Markus Hofmann – Leiter der Abt. Sozialpolitik
- Ingo Schäfer – Alterssicherung, Rehabilitation, Seniorenpolitik
- Maxi Spickermann – Sachbearbeitung Rentenkommission
- Knut Lambertin – Gesundheitspolitik, Krankenversicherung
- Robert Spiller – Gesundheitspolitik, Krankenversicherung
- Marco Frank – Pflegepolitik, Selbstverwaltung
- Annika Wörsdörfer – Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Sonja König – Prävention, Unfallversicherung, Europäischer Arbeitsschutz
- Heike Inga Ruppender, Nadine Sasse, Aileen Cooper – Assistentinnen Abt. Sozialpolitik
- Renita Zimmermann – Assistenz für den Bundesseniorenbeauftragten Klaus Beck



[zum Team im Netz](#)



Impressum

DGB Bundesvorstandsverwaltung
Abteilung Sozialpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Telefon: +49 30 24060-725
Telefax: +49 30 24060-226
Kontakt: Sozialpolitik.BVV@dgb.de

Verantwortlich

Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB

Presserechtlich verantwortlich

Markus Hofmann, Leiter Abteilung Sozialpolitik